

Fast jede zweite Stimme für Gregor Gysi **61.634 mal Danke!**

Foto: Jakob Huber



Gute Stimmung bei der Wahlparty in der Kulturbrauerei.

Am frühen Abend des 22. September stand es fest: fast jede zweite Wählerin und jeder zweite Wähler in Treptow-Köpenick haben unserem Wahlkreis-Abgeordneten, Gregor Gysi, ihre Stimme gegeben. 42,2% sind das beste Erststimmen-Ergebnis für DIE LINKE in Berlin. Auch bei den Zweitstimmen sind wir erneut stärkste Partei (29,5%) geworden. Mit einem Verlust von ca. 4.300 Stimmen haben wir unser Ergebnis von 2009 nahezu wiederholen können. Und ehrlich: Wer hätte das vor einem Jahr gedacht?

Auch bundesweit hat DIE LINKE mit 8,6% ein respektables Ergebnis erreicht. 64 Abgeordnete, davon 6 aus Berlin, werden die neue Linksfraktion im Bundestag bilden. Zum ersten Mal seit 1990 sind wir drittstärkste Partei in Deutschland, Grüne und CSU liegen hinter uns. Die FDP, 2009 noch mit einem sensationellen Ergebnis von fast 15%, muss den Bundestag verlassen. Eine Quittung für ihre Politik der (vollmundigen Verspre-

chen ohne Umsetzung) sozialen Kälte.

Das Berliner Ergebnis, 330.481 Stimmen oder 18,7%, mit einem moderaten Verlust von 18.000 Stimmen – auch auf Berliner Ebene bei gesteigerter Wahlbeteiligung – ist ein Beweis für die Politikfähigkeit der Partei in Berlin. Wir in Treptow-Köpenick haben dazu einen großen Teil beigetragen und können stolz sein auf diese Ergebnisse. In Veranstaltungen, auf Straßen und Plätzen, beim Plakatieren und Stecken von Zeitungen und Briefen haben viele Genossinnen und Genossen großes Engagement gezeigt. Dafür wollen wir Danke! sagen.

Bedanken wollen wir uns natürlich auch bei allen Wählerinnen und Wählern, egal ob sie uns ihre Erst- oder ihre Zweitstimme gegeben haben. Wir versprechen Ihnen: unser Einsatz für einen gerechten Mindestlohn, für bezahlbare Mieten und Energiepreise, für ein Verbot von Waffenexporten, für eine Beendigung der Kriegseinsätze der Bundeswehr, für eine

Danke

allen unseren Wählerinnen und Wählern,
Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern,
Unterstützerinnen und Unterstützern.
100% sozial, auch nach der Wahl!

www.die-linke.de

DIE LINKE.

gerechte Rente für gleiche Lebensleistung mit 65, egal ob in Ost oder West, für eine Gesundheitsversorgung, die für alle zugänglich ist, geht weiter. Auf der Bundesebene, mit unserem Treptow-Köpenicker Abgeordneten Gregor Gysi und auf Landes- und Bezirksebene.

In den nächsten Wochen bereiten wir den Volksentscheid für einen Rückkauf des Berliner Stromnetzes durch unsere Stadt und für die Errichtung eines städtischen Energieversorgers vor. In Hamburg war der Volksentscheid „Unsere Stadt! Unser Netz!“ am 22.9. erfolgreich. Das gibt Rückenwind. Am 3. November sind wir aufgerufen, darüber abzustimmen. Wir hoffen auf Ihre Unterstützung, um auch in Berlin den Energiekonzernen die rote Karte zu zeigen!

Bis dahin ein wenig Ruhe und Auswertung. Verlassen Sie sich drauf: Mit der LINKEN ist zu rechnen. Nicht nur am Wahltag.

■ ■ André Schubert,
Ernst Welters, Wahlkampfleiter
Carsten Schatz, Bezirksvorsitzender

IN DIESER AUSGABE

- Seite 2** Rot-Schwarze Koalition spart Bezirk kaputt
- Seite 3** DHL kündigt Paketshop im Hexogen nach Protest
- Seite 4** LINKE will weniger Plakate
- Seite 5** Linksfraktion informiert zur Parkraumbewirtschaftung

Rot-Schwarze Koalition spart Bezirk kaputt

Aus für mehrere Bibliotheken droht

Der Beschluss des Bezirkshaushalts, also die Verteilung der finanziellen Mittel des Bezirks für die kommenden zwei Jahre, ist ein umkämpftes Thema in der Bezirksverordnetenversammlung. 2014/2015 stehen im Bezirk weiterhin zahlreiche Kürzungen an. Nach wie vor fordert der Senat einen weitgehenden Personalabbau und auch Bibliotheken werden schließen müssen. Während der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Peter Groos (B90/Grüne) vor allem die fleißige Arbeit der Verordneten bei der Debatte über den Haushalt lobte, kritisierten Piraten und DIE LINKE Senat und Bezirksamt.

Die Bezirke würden zum bloßen Beiwerk der Geldweitergabe geschrumpft, schimpfte Cornelius Engelmann-Strauß (Piraten). Philipp Wohlfeil (DIE LINKE) machte konkrete Probleme der Finanzierung deutlich. Während im Land Berlin die Steuereinnahmen sprudeln würden und die Belastungen durch Zinszahlungen auf historisch niedrigem Niveau seien, hätten die Bezirke nichts davon. Bürgernahe freiwillige Aufgaben müssten immer weiter zurückgenommen werden, die Bezirke kaputtgespart, so der Fraktionsvorsitzende in seiner Rede in der BVV. „Der Personalabbau der vom Senat durchgesetzt wird, gefährdet die ausreichende Gesundheitsver-

sorgung und auch den Kinderschutz“, gibt Wohlfeil zu bedenken. Die vorgeschlagene Lösung der Privatisierung von Aufgaben, etwa die Pflege von Grünanlagen, hätte nachteilige soziale Auswirkungen. Die bezirkliche Grünflächenpflege hätte auch solchen Menschen eine bezahlte Arbeit gegeben, die auf dem privaten Arbeitsmarkt kaum eine Chance hätten. „Wirtschaftlich war dies vielleicht nicht immer vertretbar, menschlich aber wohl begründet“, sagt Wohlfeil.

Besonders deutliche Angriffe musste Bezirksstadtrat Simdorn (CDU) von vielen Seiten einstecken. So habe er Fragen zum Haushalt in seinen Fachbereichen nicht beantworten können und erst auf Druck der Bezirksverordneten einen überhasteten Bibliotheksentwicklungsplan vorgelegt, den er inzwischen wieder zurückgezogen hat. Er habe Misstrauen und Verwirrungen befördert, weil er auf nicht-öffentliche Ausschusssitzungen zum Thema Bibliotheken gedrungen habe und durch die Andeutung, die benachbarte Grundschule sei für das drohende Aus der Friedrichshagener Bibliothek verantwortlich. Es sei überhaupt kein Plan erkennbar, wie er künftig die Leistungen in diesem Bereich effizient erbringen wolle.

Auch Verordnete aus anderen Parteien sprachen von „erschüttertem Vertrauen“. „Angesichts der chaotischen Verhältnisse im Bereich Weiterbildung und Kultur, angesichts dessen, dass das Land Berlin mehr Steuern einnimmt und die

Bevölkerung wächst, gleichzeitig aber immer mehr bürgernahe Dienstleistungen abgebaut werden, können wir dem Haushalt so nicht zustimmen“, begründete Wohlfeil die mehrheitliche Enthaltung seiner Fraktion zum Haushalt.

■ ■ Joseph Rohmann

Die vollständige Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Philipp Wohlfeil finden Sie unter www.linksfraktion-tk.de.

Beschlossen:

VII/0550 Der BVV einen Bibliotheksentwicklungsplan vorlegen und Standorte erhalten (Ausschuss für Weiterbildung und Kultur)

VII/ 0506 Bezirkshaushaltsplan für Treptow-Köpenick 2014/2015 (Bezirksamt)

VII/0539 Gedenken zum 25. Jahrestag der friedlichen Revolution und des Mauerfalls in Treptow-Köpenick (SPD, CDU, B90/Grüne, Beitritt: DIE LINKE)

in die Ausschüsse überwiesen:

VII/0540 Weniger Parteiplakate in Wahlkämpfen (DIE LINKE)

VII/0543 Ausstellung in der Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche bewerben (SPD, Beitritt: DIE LINKE)

VII/0544 Keine Werbung für die Bundeswehr an Schulen (DIE LINKE, B90/Grüne, Piraten)

VII/0547 Umsetzung von Kiezkassenentscheidung fördern (DIE LINKE)

VII/0548 Fahrradabstellplatz am S-Bahnhof Grünau sanieren und erweitern (DIE LINKE, Beitritt: B90/Grüne)

VII/0552 Bezirkshaushaltsrechnung 2012 (Bezirksamt)



Foto: Joseph Rohmann



Mehr als 50 Personen protestierten gegen einen Stand der NPD vor dem Rathaus Treptow. Darunter die Stadträte Ines Feierabend, Gernot Klemm (beide LINKE) und Bezirksbürgermeister Igel (SPD)

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick
 Monatszeitschrift des Bezirksverbandes und der BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick
 Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Bernhard Brügger, Karin Franzke, Edith Karge, Helga Pett.
 Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
 Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
 Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!
 Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
 Druck: Druckerei Bunter Hund, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin
 Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24. September 2013
 Redaktionsschluss für „blättchen 196“: 29.10.2013
 Ausgabebetrag blättchen 196: Do 7. November 2013
 Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.



DHL kündigt Paketshop im Hexogen nach Protest

Post AG will keine Filiale bei Rechtsextremisten

Mitte September erweiterte ein Laden in der Brückenstraße in Niederschöneweide sein Angebot um DHL-Paketdienstleistungen. Dabei handelte es sich um ein Geschäft namens Hexogen, das der Neonaziszene zuzurechnen ist. Der Inhaber Sebastian Schmidtke ist Landesvorsitzender der Berliner NPD. Der Berliner Verfassungsschutz rechnet ihn der rechts-

extremen Szene zu und bezeichnet den ehemaligen Führungsaktivisten der „Autonomen Nationalisten“ als langjährigen Neonazi. Das Geschäft, in dem Kleidung für die entsprechende Klientel verkauft wird, spielt eine zentrale Rolle in der rechtsextremen Szene der Stadt und dient auch als Basis für Wahlkampfaktionen der NPD.

„Es empört mich, dass DHL, also die Deutsche Post AG, an der zudem auch die öffentliche Hand beteiligt ist, geschäftliche Beziehungen in dieser Weise mit Rechtsextremen unterhält“, beschwerte sich der Vorsitzende der BVV-Fraktion DIE LINKE, Philipp Wohlfeil, bei der Post. Es sei völlig unzumutbar, dass Kundinnen und Kunden etwa auch nicht-deutscher Herkunft ihre Pakete in diesem Geschäft entgegennehmen sollen. Er forderte DHL dringend auf, diese Geschäftsbeziehung umgehend zu beenden.

DHL kündigte daraufhin in einer ersten Reaktion gegenüber dem Berliner Kurier und der Berliner Morgenpost, die über diesen Vorgang berichtet hatten, an, den Vertrag juristisch prüfen zu lassen und schnellstmöglich, spätestens aber zum Jahresende, zu kündigen. Tatsächlich wurde bereits einen Tag später der Erfolg des Protestes sichtbar. Die DHL-Fahne und die entsprechende Kennzeichnung waren verschwunden. Ende September bedankte sich die Post per Brief bei Wohlfeil für den Hinweis und erklärte, dass die Zusammenarbeit mit dem Hexogen zum 17. September eingestellt wurde. Wohlfeil freut sich über die prompte und entschlossene Reaktion: „Fehler können schließlich immer passieren, entscheidend ist, wie man damit umgeht.“

■ ■ jr



Unter dem Motto „Flamingo, Affe, Pfau und Hund – gemeinsam kunterbunt“ demonstrierte die Aktionsgruppe KKK = KöpenickerKulturKarneval mit Live-Musik und bunt geschmückten Wagen durch die Straßen, um die Vielfalt zu feiern. „Viele Tiere des Waldes, der Lüfte, des Wassers und der Erde verbünden sich im Tanze gegen Braunbärenschiss im grünen Bezirk“, lautete die Aussage des Aktionsbündnisses, das einen skurilen künstlerisch-kreativen Kontrapunkt in der Nähe der NPD-Bundeszentrale setzen wollte. Mit dabei auch DIE LINKE mit einem eigenen Wagen.

kurz notiert

► Verkehrsanbindung Alte Försterei

Während die Haltestelle „Alte Försterei“ normalerweise von drei Straßenbahnlinien der BVG bedient wird, werden diese an Spieltagen im Stadion umgeleitet. Die Sicherheitsmaßnahmen der Polizei, die den Bereich dann sperrt, schlossen eine Verbesserung der Anbindung mit Bus und Bahn aus, heißt es aus dem Bezirksamt in Bezug auf eine Empfehlung der BVV vom Juni dieses Jahres.

► Sanierung Freiheit 15

Für Sanierung und Umbau des denkmalgeschützten Gebäudes Freiheit 15 in der Köpenicker Altstadt sind in diesem Jahr 300.000 Euro eingeplant. Bei der denkmalgerechten Sanierung gehe es um den Erhalt der Gebäudesubstanz und die Anpassung an die neue Nutzung, heißt es in der Antwort des Tiefbauamtes auf eine Bürgerfrage von Stefan Förster.

Entscheidung des Senats kostet rund 50.000 Euro Mehrkosten durch Extra-Termin für Volksentscheid

Der Volksentscheid über die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung fand anders als eine ähnliche Abstimmung in Hamburg nicht gemeinsam mit der Bundestagswahl statt. Die Entscheidung des Senats hat allein in Treptow-Köpenick einen finanziellen Mehraufwand von 50.000 Euro zur Folge.

Anfang Juni hatte der Berliner Energietisch das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin – demokratisch, ökologisch, sozial“ erfolgreich eingereicht. Mit 227748 Unterschriften wurde nicht nur das nötige Quorum, sondern auch das selbst gesteckte Ziel weit übertroffen. Alle Fristen wurden

damit eingehalten, um das Volksbegehren zeitgleich mit der Bundestagswahl am 22. September 2013 durchzuführen. Das hätte nicht nur Kosten gespart sondern auch zu mehr demokratischer Beteiligung geführt. Die Entscheidung des Senats, trotz Protesten den Termin auf den 3. November 2013 zu legen, führt in den Bezirken zu deutlichen Mehrausgaben und hohem Personalaufwand.

Auf eine Anfrage des Fraktionsvorsitzenden Philipp Wohlfeil (DIE LINKE), antwortet das Bezirksamt, es erwarte durch den Extra-Termin einen finanziellen Mehraufwand durch Personal- und Sachkosten

von 50.000 Euro. Personal aus dem ohnehin knapp besetzten Bürgeramt müsse nun erneut freigestellt werden, um die Wahl durchführen zu können. Während dieser Zeit entstünde eine hohe Arbeitsbelastung, klagt Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD) in seiner Antwort. „Nicht nur der finanzielle Mehraufwand, von dem keineswegs sicher ist, ob das Land Berlin den Bezirken diesen erstattet, hätte vermieden werden können“, stellt Wohlfeil fest, „auch die Belastung der Angestellten und Wartezeiten der Bürgerinnen und Bürgern im Bürgeramt, hätte vermieden werden können“. Jetzt komme es darauf an, dass sich die Bürgerinnen und Bürger von den Versuchen des rot-schwarzen Senats, den Volksentscheid zu torpedieren, nicht ablenken lassen und am 3. November zahlreich an die Abstimmungsurne treten, appelliert Wohlfeil. ■ ■ J. R.

LINKE will weniger Plakate 17.000 Plakate in Treptow-Köpenicks Straßen

Die LINKE will die mehr als 17.000 Wahlkampfplakate an Laternen reduzieren. Deshalb beantragte sie, das Bezirksamt zu ersuchen, Vorschläge zu unterbreiten, wie die Anzahl von Parteiplakaten an Laternenmasten und ähnlichen Vorrichtungen in Wahlkämpfen deutlich reduziert werden könne. Dabei sollten unter Beachtung der rechtlichen Voraussetzungen, der Gleichbehandlung der Parteien und der Überprüfbarkeit und Durchsetzbarkeit der angeregten Maßnahmen durch das Bezirksamt, folgende Möglichkeiten erwogen werden:

- die Anzahl der Plakate je Partei insgesamt oder ortsteilweise zu begrenzen,
- weitere Straßenzüge von der Plakatwerbung auszunehmen oder
- die Werbung auf einzelne Straßenzüge oder extra aufgestellte Werbewände zu begrenzen.

„Der gegenwärtig im laufenden Bundestagswahlkampf nur wenig regulierte und kaum kontrollierbare Wettbewerb der Parteien um die Laternenmasten führt zu einer erheblichen Verunstaltung des Ortsbildes bis hin zur Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit“, kritisiert der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Philipp Wohlfeil. Die bestehenden Regelungen seien dabei schon wegen der Personalsituation im Bezirksamt kaum durchsetzbar. Daher sollten einfache und gut überprüfbare Möglichkeiten diskutiert werden, die auf eine Reduzierung

der Plakate insgesamt und auf einen fairen Wettbewerb zwischen den Parteien gerichtet sind. Das Bezirksamt habe bereits in einigen Gebieten Plakatwerbung verboten, wie zum Beispiel in der Köpenicker Altstadt. „Denkbar ist aber auch den Schilder-Wahlkampf auf einige große Straßen zu begrenzen“, führt Wohlfeil weiter aus. In der Beantwortung seiner Anfrage, teilte das Bezirksamt mit, dass die Parteien im laufenden Wahlkampf mehr als 17.000 Plakate angemeldet hatten. Nach den Anmeldungen der einzelnen Partei ergibt sich folgendes Bild:

<i>Piratenpartei</i>	<i>4.000 Plakate</i>
<i>SPD</i>	<i>3.200 Plakate</i>
<i>NPD</i>	<i>3.000 Plakate</i>
<i>DIE LINKE</i>	<i>1.850 Plakate</i>
<i>Bündnis 90/Die Grünen</i>	<i>1.500 Plakate</i>
<i>CDU</i>	<i>1.500 Plakate</i>
<i>Alternative für Deutschland</i>	<i>1.170 Plakate</i>
<i>FDP</i>	<i>1.000 Plakate</i>
<i>MLPD Treptow-Köpenick</i>	<i>582 Plakate</i>
<i>Freie Wähler</i>	<i>500 Plakate</i>
<i>Bürgerrechtsbewegung pro Deutschland</i>	<i>200 Plakate</i>
<i>Die PARTEI</i>	<i>200 Plakate</i>
<i>Republikaner</i>	<i>200 Plakate</i>
<i>Partei für Soziale Gleichheit</i>	<i>150 Plakate</i>
<i>BüSo</i>	<i>50 Plakate</i>

Der Antrag wurde in der BVV-Sitzung in die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

■ ■ J. R.

Keine Bundeswehr-Werbung an Schulen

Gemeinsam mit Grünen und Piraten beantragte die Fraktion DIE LINKE in der BVV, sich gegenüber den Schulen im Bezirk dafür einzusetzen, dass diese nicht als Werbeplattform für die Rekrutierung von künftigen Soldatinnen und Soldaten benutzt werden. Finden dennoch Veranstaltungen unter Beteiligung der Bundeswehr statt, sollten gleichzeitig auch Vertreterinnen und Vertreter von pazifistischen bzw. militärkritischen Organisationen eingeladen werden.

Durch die Aussetzung der Wehrpflicht muss die Bundeswehr auf andere Weise Freiwillige für den Dienst an der Waffe rekrutieren. Besonders im Fokus der Bundeswehr stehen dabei Schülerinnen und Schüler. Mehr als eine halbe Million Euro hat die Armee für die Nachwuchswerbung an Schulen ausgegeben. Das ist eine Verdoppelung des Etats seit 2009. Das Bündnis „Schule ohne Militär“ möchte die Bundeswehr komplett aus der Schule ausschließen. Johann Eberlein, fachpolitischer Sprecher der Fraktion für Schulpolitik, erklärt: „Keinesfalls dürfen Schulen allerdings einseitig als Werbeplattform missbraucht werden. Sie sollen wertorientiert, umfassend und neutral Inhalte vermitteln und erörtern. Fehlen bei Veranstaltungen unter Beteiligung der Bundeswehr Akteurinnen und Akteure von Friedensorganisationen, ist dies nicht gewährleistet“.



Philipp Wohlfeil (Fraktionsvorsitzender DIE LINKE), Stefan Förster (Initiator Bürgerbegehren, FDP), Antja Stantien (Initiatorin Bürgerbegehren, partellos, Bezirksverordnete für DIE LINKE) bei der Bürgerveranstaltung zur geplanten Parkraumbewirtschaftung in der Altstadt Köpenick.

Linksfraktion informiert zur Parkraumbewirtschaftung

Parkmöglichkeiten für Touristen und Dauerparker benötigt

In der Altstadt Köpenick soll nach Willen einer Mehrheit der Bezirksverordnetenversammlung gebührenpflichtiges Parken auf öffentlichem Straßenland (in der Zeit von 9–17 Uhr, Montag–Freitag) eingeführt werden. Die Fraktion DIE LINKE hatte zu diesem Thema zu einer Informationsveranstaltung in der Altstadt geladen.

Den Bürgerinnen und Bürgern, die am Montag, dem 9. September den Weg in den großen Ratssaal im Rathaus Köpenick gefunden hatten, bot sich ein ungewöhnliches Bild. Neben dem Fraktionsvorsitzenden DIE LINKE, Philipp Wohlfeil, saßen auch Stefan Förster (FDP) und Antja Stantien (partellos, für DIE LINKE) auf dem Podium. Letztgenannte sind, als Vorsitzender des Heimatvereins und Anwohnerin der Altstadt, Initiatoren des Bürgerbegehrens gegen die geplante Parkraumbewirtschaftung in der Altstadt. Gemeinsam mit einer Vertreterin der Verwaltung, welche ein Gutachten der ARGUS zum Thema vorstellte und dem künftig für die Kontrolle zuständigen Stadtrat für öffentliche Ordnung, Gernot Klemm (DIE LINKE), konnten interessierte Bürgerinnen und Bürger die unterschiedlichen Argumente des Vorhabens diskutieren.

„Es wird zu Umsatzeinbußen für die Geschäfte in der Altstadt kommen, die Attraktivität der Altstadt als Gewerbe- und Tourismuszentrum wird so nicht be-

fördert“, befürchtet Stantien, selbst leidschaftliche Radfahrerin. Sie fordert ein nachhaltiges abgestimmtes Konzept mit ausreichend Parkmöglichkeiten für Touristen und Dauerparker am Rande der Altstadt. Dem Argument der Verwaltung, die zugesperrte Altstadt sei nicht mit dem Denkmalschutz vereinbar, widersprachen einige Stimmen. Die parkenden Autos würden durch die Gebührenpflicht nicht weniger und ob die zusätzlichen neuen Schilder und Parkscheinautomaten dem Denkmalschutz entsprächen, sei fraglich.

Ernst Welters, fachpolitischer Sprecher der Fraktion für Stadtentwicklung und Tiefbau, wies darauf hin, dass sich durch Fußgängerzone und andere Maßnahmen einiges zum Positiven entwickelt hat. Bezüglich des Konzeptes kritisierte er, dass viele grundsätzliche Fragen, etwa ob das Projekt überhaupt finanzierbar sei und ob die Verdrängungseffekte in andere Ortsteile analysiert worden seien, noch nicht geprüft worden sind.

Auf Anfrage des Verordneten Tino Oestreich (DIE LINKE) erklärte das Amt, es gebe Möglichkeiten, die Zahl der Parkplätze in der Altstadt zu erhöhen. So sei denkbar, Kurzzeitparkplätze auf der rechten Seite der Straße Alt-Köpenick zu schaffen. Die zweite Auffahrt der Kirche würde nicht benötigt, jedoch sei ein Umbau zu einem Parkplatz zu teuer. Der

Parkplatz an der Kirchstraße Ecke Müggelheimer Straße sei jedoch ausgelastet und einen Fahrbahnstreifen der Müggelheimer Straße als Kurzzeitparkplatz zu nutzen sei aufgrund der hohen Verkehrsbelastung nicht möglich, so das Amt. SPD und CDU hatten dort schon das Parken am Wochenende abgeschafft und damit den Parkdruck in der Altstadt verschärft. „Leider wurden vor der Einführung des Bezahlparkens nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, die Situation zu verbessern. Es ist erfreulich, dass das Bezirksamt wenigstens einem Vorschlag zustimmen kann. Dies ist ein Anfang der hoffentlich unbürokratisch umgesetzt wird“, stellt Oestreich fest.

„Auf dem Weg zu dieser Veranstaltung habe ich viele freie Parkplätze gezählt und auch zu anderen Zeiten kann ich kaum einen großen Parkdruck ausmachen. Zudem zeigt die Erfahrung aus anderen Bezirken, wie Prenzlauer Berg, dass Anwohner trotz Vignette auch weiterhin keine Parkplätze finden“, resümierte Förster die aktuelle Situation.

Alle Argumente seien in der zweistündigen Diskussion angeklungen, „nun sind die Bürgerinnen und Bürger im Bürgerbegehren gefragt, was sie von dem Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung halten, dass das Parken in der Altstadt nun einen Euro pro Stunde kosten solle“, so Stantien. In den kommenden sechs Monaten müssten ca. 6.000 Unterschriften wahlberechtigter Bürger/innen aus Treptow-Köpenick für ein erfolgreiches Bürgerbegehren zusammenkommen.

■ ■ J. R.

kurz notiert

► Keine Zirkusflächen

Der Bezirk verfügt über keine Flächen, die an Zirkusse vermietet werden könnten. In der Vergangenheit wurden auch keine bezirkseigenen Flächen an einen Zirkus vermietet, heißt es aus dem Bezirksamt auf eine Kleine Anfrage von Philipp Wohlfeil (DIE LINKE).

► Abschiebebewahrsam Grünau

Das Bezirksamt hat weder Auflagen zur baulichen Erhaltung des Abschiebebewahrsams erteilt noch sind Abrissmaßnahmen bekannt, heißt es aus dem Bezirksamt. Die Zuständigkeit für das Gebäude in Grünau liege bei der Senatsverwaltung, erfuhr Hans Erxleben (DIE LINKE) auf seine Kleine Anfrage von Bezirksstadtrat Rainer Hölmer.

Ja zu Berliner Energie – Ja, zum Energievolksentscheid am 3. November

Zwischen 60 und 70 Prozent der Berliner Bevölkerung sprechen sich für den Aufbau eines Stadtwerks und die Übernahme des Stromnetzes in öffentliche Hand aus. Dann kann ja nichts schief gehen mit dem Volksentscheid am 3. November, sollte man denken. Denn genau diese Ziele sollen ja mit dem Gesetz des Energietischs umgesetzt werden. Der Haken an der Sache ist aber, dass mindestens 630.000 Menschen mit Ja stimmen müssen, sonst ist der Volksentscheid nicht gültig. DIE LINKE. Berlin hat den Volksentscheid über die „Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung“ von Anfang unterstützt und in der zweiten Stufe – in diesem Frühjahr – gut 50.000 Unterschriften dafür gesammelt. Damit das nicht umsonst war, müssen wir jetzt den letzten entscheidenden Schritt schaffen. Das Stromnetz wird 2014 für die nächsten 15-20 Jahre vergeben. In diesem Zeitraum müssen die Weichen für eine ökologische und soziale Energiewende gestellt werden. Das Netz muss fit gemacht werden für die massenweise Einspeisung von de-

zentralen Energiequellen (Wind, Solar) und die Anbindung von Speicherpotentialen. Vattenfall hat kein Interesse an einem solchen Umbau des Stromnetzes. Vattenfall will möglichst viel von seinem Braunkohlestrom in Berlin verkaufen. Die Braunkohlekraftwerke sind schon abgeschrieben und bringen jetzt richtig Profit – zu Lasten von Mensch und Umwelt. Nur wenn die Netzgesellschaft demokratisch gesteuert wird – und nicht von einem Konzern mit Profitinteressen – können die notwendigen Investitionen sichergestellt werden. Gewinnen werden dadurch die Menschen in Berlin und der Region. Weil die Gewinne nicht mehr in Konzern-, sondern in öffentliche Kassen fließen. Weil Investitionen in die erneuerbare Energieerzeugung Tausende neue Arbeitsplätze in der Region schaffen. Vor allem aber, weil wir nur so die Energiewende auch sozial gestalten können.

DIE LINKE hat in ihrer Regierungszeit bereits umfangreiche Vorarbeiten für ein Stadtwerk in öffentlicher Hand geleistet. Diese Konzepte wurden nach der Wahl

von den CDU-Wirtschaftssenatorinnen komplett entsorgt. Die Berliner SPD hat es nicht verhindert – wohl auch, weil Klaus Wowereit das Thema möglichst nicht in der Öffentlichkeit haben möchte. Sein Plan scheint ein „schmutziger Deal“ mit Vattenfall zu sein: ein paar mehr Einnahmen für das Land aus dem lukrativen Netzgeschäft und Vattenfall darf weiterhin der regionale Monopolist bleiben und das Netz in seinem Sinne managen.

Deshalb hat er es zugelassen, dass die CDU sich mit ihrer Ablehnung des Vorschlags des Energietischs durchsetzt. So wie er schon zuvor zugelassen hat, dass der Volksentscheid nicht zusammen mit der Bundestagswahl stattfindet. SPD und CDU hoffen nun auf ein Scheitern des Volksentscheids mangels Beteiligung. Helfen Sie mit, dass die rot-schwarze Koalition mit dieser miesen Taktik nicht durchkommt!

Stimmen Sie mit JA beim Volksentscheid – entweder per Briefwahl oder am 3. November im Wahllokal. Und nehmen Sie möglichst viele andere gleich mit.

■ ■ Klaus Lederer, Landesvorsitzender
DIE LINKE. Berlin

Bürgersprechstunde Gysi

5.11.2013 12–17 Uhr im Bürgerbüro,
Brückenstraße 28 Anmeldungen bitte
unter 63 22 43 57

Gysi meint...



Politikwechsel gibt es nur mit der LINKEN

Die LINKE ist am 22. September mit 8,6% wieder in den Bundestag und mit 5,2% in den hessischen Landtag gewählt worden. Das sind gute Ergebnisse. Was den Bund betrifft, haben die Bürgerinnen und Bürger die Parteienlandschaft kräftig durcheinandergewirbelt. Die Folgen sind noch gar nicht abschätzbar.

Die LINKE ist nunmehr die drittstärkste Kraft im Bundestag, trotz der sich im Wahlkampf eher links gebenden Sozialdemokraten und Grünen, trotz ihres kategorischen Ausschlusses einer Zusam-

menarbeit mit der Linken. Diese „Ausschleiferitis“ brachte SPD und Grünen keine Punkte und ist gescheitert. Welche Lehren beide Parteien daraus ziehen, ist noch offen. Dieses Mal ist der Zug wohl ein weiteres Mal für einen rot-rot-grünen Politikwechsel abgefahren, aber bei der SPD wird sich endlich die Einsicht durchsetzen, dass es sowohl rechnerisch als auch vor allem politisch einen wirklichen Politikwechsel nur mit der LINKEN geben kann. Ob die Grünen bei ihrer einseitigen Fixierung auf die SPD bleiben, oder ob sie sich im neuen Vier-Parteien-System der Union gegenüber öffnen und die FDP beerben, ist völlig offen.

Bemerkenswert im Vergleich zu den Wahlen vor vier Jahren ist, dass die Debatten über ein rot-rot-grünes Reformprojekt als Alternative zur Union weit aus unaufgeregter verliefen. „Rote Socken“ schrecken nicht mehr, die Akzeptanz auch bei denen, die nie die LINKE wählen würden, sie aber in einer Bundesregierung nicht als Untergang des Abendlandes sähen, nimmt deutlich

zu. Auch das ist eine wichtige Voraussetzung für einen Politikwechsel, dem sich SPD und Grüne bisher verweigerten.

Mit den Hessenwahlen wurde der Niedergang der LINKEN bei den Landtagswahlen in den westdeutschen Flächenländern gestoppt. Auch in Hessen ist alles möglich: eine schwarz-grüne Koalition als Vorläuferin für den Bund ebenso wie eine erste rot-rot-grüne Koalition. Beides hätte Signalwirkung. Die LINKE hat bei diesen Wahlen nur wenig falsch und sehr viel richtig gemacht. Sie hat ihre Kernforderungen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt, auf Gemeinsamkeiten ebenso wie auf Unterschiede ihrer Forderungen hingewiesen und eine Zusammenarbeit für einen wirklichen Politikwechsel angeboten, ohne sich anzubiedern. Diese Gradlinigkeit und Glaubwürdigkeit zahlte sich letztlich aus. Wir sollten sie konsequent fortsetzen, weiter verbessern, damit wir auch wieder zweistellig werden, denn nach der Wahl ist vor den nächsten.

Sie finden hier Termine der Partei DIE LINKE. Weitere Termine von öffentlichen Veranstaltungen finden Sie auf Seite 8

Beratungen des Bezirksvorstandes

Di 08.10. | 18:30 Allendeweg

Di 22.10. | 18:30 Brückenstraße

Basistreffen

Mo 14.10. | 17:00 Allendeweg

Mo 02.12. | 17:00 voraussichtlich

Rathaus Treptow

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten decken zu können, ist eine Spende von 25 Cent für jede Ausgabe notwendig.

Vielen Dank.

Empfänger: DIE LINKE Berlin **Konto:**

525 60 78 03

BLZ: 100 708 48 Berliner Bank AG

Verwendungszweck: 502-810

oder direkt in beiden Geschäftsstellen.

KONTAKT

Bezirksverband

Geschäftsstelle Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin

Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792

E-Mail: bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag nach Vereinbarung,

Dienstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr

Kassenzeiten:

Dienstag von 10.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 532 89 22

Öffnungs- und Kassenzeiten:

Donnerstags von 13.30 bis 17.00 Uhr

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205

Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Telefon / Fax (030) 533 76 07

Telefon (030) 902 97 41 61

mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de

Sprechstunden jeweils:

Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 63 22 43 57,

Fax (030) 63 22 43 58

gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

im Oktober zum

94. Johannes Geißler

93. Käthe Mißblitz

92. Urte Postrach,
Margarete Weinberger,
Kurt Böhmert

91. Ingeburg Starke, Bodo Lipke

85. Sonja Bernhard,
Erika Schürer,
Christa Tornier, Herbert Sperling,
Horst Splittgerber

80. Gisela Wagner,
Hildegard Zschockelt,
Helmut Schnitter,
Herbert Thur

75. Elisabeth Ittershagen,
Helmut Ring

70. Karla Voigt,
Jürgen Krause,
Wolfgang Köhler,
Hans-Joachim Ritter,
Detlev Streichhahn

Einladung zur Hauptversammlung der LINKEN Treptow-Köpenick

2. November, 10–14 Uhr

Rathaus Treptow

Tagesordnung:

- Wahl von jeweils 10 Delegierten zum Bundesparteitag und zur Vertreter/innenversammlung (EU-Wahl)
- Schwerpunktaufgaben für 2014

Sprechstunde mit Carsten Schatz, Mitglied im Abgeordnetenhaus Berlin

Mi 16.10. 17–19 Uhr im Café Lalü in
Schöneeweide, Wilhelminenhofstraße 57

Mi 30.10. 17–10 Uhr Ort bitte telefonisch erfragen unter: 64 329 776

Fahrradabstellplatz erweitern

In einem Antrag der Linksfraktion in der BVV wird das Bezirksamt ersucht, im Rahmen der Zusammenarbeit mit der BahnAG darauf zu dringen, dass der überdachte Fahrradabstellplatz für die Bürgerinnen und Bürger aus Bohnsdorf am S-Bahnhof Grünau (gegenüber dem Tautcenters) saniert und erweitert wird. Viele Bürgerinnen und Bürger, die ab Grünau die S-Bahn nutzen wollen, kommen mit dem Fahrrad zum Bahnhof. Die vorhandene Abstellanlage für Räder ist jedoch schon alt und daher marode. Die Kapazität reicht zudem nicht aus, um die steigende Anzahl der Fahrräder aufzunehmen. „Das Bezirksamt befindet sich im Moment in einer engen Zusammenarbeit mit der Bahn AG. Da wäre es angebracht, gleich über nötige Erweiterungen und Sanierungen von Fahrradparkplätzen an Bahnhöfen zu reden“, schlägt Antja Stantien, Antragstellerin aus der Fraktion DIE LINKE vor.

kurz notiert

► Online-Kulturführer

Über Kunst und Kultur im Bezirk informiert ein Online-Kulturführer, der seit Anfang des Jahres der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Die in Rubriken zusammengefassten fast 300 Daten geben Auskunft sowohl über Kunstobjekte als auch über Kulturzentren und Ausstellungsorte sowie Kontaktadressen. Wie es in einem Schlussbericht zu einer Forderung der BVV von 2009 aus dem Bezirksamt heißt, würden die Informationen ständig aktualisiert. Aus Kostengründen könne jedoch kein entsprechendes Printmedium zur Verfügung gestellt werden.





An einen „anderen 11. September“ erinnerte die Veranstaltung an der Büste Salvador Allendes. Bürgerinitiative und Mieterbeirat im Allende-Viertel I bedankten sich inzwischen in einem offenen Brief bei den Bürgern, darunter viele Abgeordnete der BVV, die an der Veranstaltung teilnahmen. Der Dank galt auch Anna Valtschuk und Darlene Schreiter, Schülerinnen des Emmy-Noether-Gymnasiums, die engagiert Texte zur Geschichte des 11. September 1973 und von Pablo Neruda und Victor Jara vortrugen sowie den zahlreichen Besuchern, die Blumen zur Büste brachten.

Eine Hommage an Allende und die Unidad Popular

„...Es wuchsen neue Sänger des Volkes, die Geschundenen gingen in Legenden auf, es wurden neue Lieder und Gedichte geschrieben, Lieder, die wir bis heute kennen. Die wir bis heute im ehrenden

Gedenken an Salvador Allende, die Unidad Popular und das chilenische Volk singen...“, so die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Ines Feierabend am 11.9. auf der Gedenkveranstaltung „Hom-

mage an Dr. Salvador Allende und die Unidad Popular“ im Hauptmannclub unweit des Köpenicker Allendeviertels. Mit ihr als Schirmherrin dieser Veranstaltung gedachten die ca. 120 Besucher des 40. Jahrestages des Putsches in Chile.

Es war ein stimmungsvoller, ein kämpferischer, ein nachdenklich machender Abend. Abwechselnd erklangen chilenische Lieder von Quena Tapia und Band sowie von Nicolas Miquea und poetische Texte von den Poetas del Mondo von der Bühne. Grußworte vom Verein Gabriela Mistral und von der deutsch-chilenischen Freundschaftsgesellschaft machten noch einmal auf die Grauen des blutigsten Putsches des vorigen Jahrhunderts und die unheilvolle Rolle des amerikanischen Kapitals bei diesem Putsch aufmerksam. In einem Gespräch, das Moderator Dr. Michael Greulich von der BO Kultur mit Ivan Quintana Miranda vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chiles führte, berichtete dieser über die intensiven Bemühungen der linken Bewegung um Präsidentschaftskandidatin Michelle Bachelet, um an die Forderungen und den Geist der Unidad Popular anzuknüpfen. Vom Bürgerverein Allendeviertel wurden leckere Empanadas, die klassisch chilenischen Teigtaschen mit Ei und Oliven in der Füllung und chilenischer Wein angeboten. Als die Veranstaltung unter den Klängen von Quena Tapias Musik gegen 22.00 Uhr zu Ende ging, sah man den Gesichtern der Besucher an, dass die Hommage die an sie gestellten Erwartungen bestens erfüllt hatte.

■ ■ Sebastian Dremge

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

Weitere Termine der Partei DIE LINKE finden Sie auf Seite 7

DI 8.10. 15.00 Uhr Beratung der AG Seniorenpolitik 15.00 Uhr in der Geschäftsstelle Brückenstraße. Wir wollen eine erste Wahlauswertung vornehmen und Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit ziehen, auch in Vorbereitung des am 3. November stattfindenden Volksentscheids

MI 9.10. 16.00 Uhr AG Frauenpolitik, Allendeweg 1

MI 9.10. 18.30 Uhr Bundestagswahl 2013 und wie weiter? Öffentliche Versammlung der LINKEN im Allendeviertel mit Ernst Welters, Mitglied des Landesvorstandes Berlin, Geschäftsstelle Allendeweg 1

SA 12.10. 10.30 Uhr Frühschoppen Gaststätte „Zum Hauptmann von Coepenick“, Oberspreestr 148. „Nach der Wahl ist vor der Europawahl“. Einschätzung der Bundestagswahl mit Alexander Reetz, Mitarbeiter unserer Bundestagsfraktion

MI 16.10. 18.00 Uhr Wie weiter? Nachdenken über Deutschland. Aus der Reihe „gedRUCKtes“ mit Dr. Gregor Gysi und Dr. Gesine Löttsch. Karl-Liebke-Haus, Kleine Alexanderstraße 28. Anmeldung erforderlich unter 24 00 95 48 oder gedrucktes@die-linke.de

DO 24.10.18.00 Uhr „Die Aufgaben der

LINKEN, besonders in Berlin, nach der Bundestagswahl“, mit Ernst Welters, Mitglied des Landesvorstandes Berlin, eine öffentliche Versammlung der LINKEN Niederschöneweide im Ratz-Fatz, Gartenhaus, Schnellerstraße 81

SO 3.11. 8–18.00 Uhr Volksentscheid Energie, Abstimmen und Vattenfall den Stecker zieh'n!

SO 10.11. 10.00 Uhr Frühschoppen mit Günter Herlt, Casino „Eiche“, Wendenschloßstraße 6

SA 23.11. 10.00 Uhr 3. Tagung des 4. Landesparteitags im WISTA-Veranstaltungszentrum, Rudower Chaussee 17, 12489 Berlin